



Zur Erinnerung: Einladung zur Landeskongress

Die Landeskongress findet am Sonnabend, dem 4. Februar 2012, in Hamburg statt.

Veranstaltungsort: „Kaffeewelt“ (Guttemplerhaus), Böckmannstr. 3 in Hamburg-St.Georg.

Der Tagungsort ist verkehrsgünstig beim Hamburger Hauptbahnhof und Zentralomnibusbahnhof (ZOB) gelegen.

Zeitplan: 11.00 bis 16.00 Uhr (einschl. Mittagspause)

Die Tagesordnung ist euch rechtzeitig entsprechend der Satzung zugegangen, daher hier nur stichwortartige Wiederholungen aus der Tagesordnung: Rechenschaftsberichte, Neufassung unserer Satzung, Aussprachen, Wahlen.

Ein Bonbon: Das Beiratsmitglied des DFV Dr. Heinz-Jürgen Schneider (Rechtsanwalt und Buchautor) hat sein Kommen zugesagt und wird seine historischen Kriminalromane vorstellen. Da es keine ausführliche Lesung geben kann, hat er aber Bücher dabei, die er dann auch nach dem Kauf auf Wunsch signiert.

Aus organisatorischen Gründen bitten wir herzlich darum, soweit möglich, euer Kommen uns zu signalisieren. Das kann und soll aber niemanden ausschließen, der oder die kurz entschlossen kommen. Wir können aber so eine Fehlplanung betreffs Verpflegung vermeiden.

Angelika Scheer

AUS DEM INHALT

Verbandsarbeit, Religions- und Kirchenkritik			
Ein rundum erfolgreiches Wochenendseminar	2	Roma-Abschiebung in Hamburg- Erklärung des Flüchtlingsrats	6
Kirche bleibt Staat im Staat - Verdi-Demo gegen die EKD	2	Zum Tag des Friedhofs - Infostand auf dem Friedhof	7
Ein Leserbrief: SPD entfacht Debatte um Religionsunterricht	3	Demokratische Rechte	
Aus dem Landesverband Nord	3	40 Jahre Berufsverbote - Betroffene fordern Rehabilitierung - Aufruf	7
Exkursion 2012 nach Eckernförde und Haithabu	3	Kunst und Kultur	
Aus den Regionen und Ländern		Eine Lanze für Picasso von Bernd Fricke	8
Niedersachsen/Bremen		Erinnerung an Franz Josef Degenhardt - und die	
Grußschreiben zur Eröffnung der KZ-Gedenkstätte Esterwegen	4	Zensur des NDR - ein Nachtrag	10
Mitgliederversammlung des DFV-Landesverbandes Niedersachsen	4	Historie:	
Schleswig-Holstein		Man stelle mir eine ausreichende Armee...	10
Einweihung des Ernst-Busch-Platzes in Kiel von Gerd Adolph	4	Behauptung und Beweis - Bertrand Russel zum 140. Geburtstag	11
Massenaustritt aus der Evangelisch-luth. Kirche in Büchen	5	Literaturtipp	
„Verfassungsschutzbehörde auflösen und öffentlich Aufklärung leisten“	5	Afghanistan - So werden die „neuen Kriege“ gemacht	11
Namensweihe in Aumühle	5	Tipps und Termine	12
Hamburg			
Aufruf der AG Jugendweihe in Hamburg zu Mitarbeit	6		
Ein Deserteursdenkmal am Kriegsklotz?	6		

Ein rundum erfolgreiches Wochenendseminar

„Religionskritik aus marxistischer Sicht“, lautete der Titel des diesjährigen Herbstseminars der norddeutschen Freidenker. Das Seminar fand am 24./25. September im Wohn- und Ferienheim „Heideruh“ in Buchholz/Nordheide statt. Seit 2001 führt der Landesverband Nord e.V. des Deutschen Freidenker-Verbandes e.V. (DFV) jedes Jahr sein Herbstseminar durch. Themen in der Vergangenheit waren u.a.: Leitkultur, Antifaschismus, Medienmanipulation, weltliche Feiernkultur, Profil des DFV als Kulturorganisation und das Wirken der Krake Bertelsmann-Stiftung.

Referent in diesem Jahr war Dr. Horst Schild, Dresden, Referent für Weltanschauungsfragen beim Verbandsvorstand des DFV. Der Referent verstand es, das Thema sehr lebendig rüberzubringen. Zwischenfragen und Diskussionen

waren ausdrücklich erwünscht. So entwickelte sich immer wieder eine lebendige Diskussion. Deutlich wurde, marxistische Religionskritik ist vor allem Gesellschaftskritik, die mit Religionsbeschimpfung und Islamophobie, die uns von bürgerlichen Atheisten immer häufiger als angebliche Religionskritik serviert wird, nichts zu tun hat.

Nachdem wir uns ausgiebig mit Kulturpolitik befasst hatten, stand am Samstagabend Kunst als Variante der Kultur auf dem Programm. Das Duo „Cadaque“ aus Hamburg unterhielt die Seminarteilnehmer und weitere Gäste mit Latin Jazz. Helmut Sturmhoebel brachte uns das Leben und Werk von Erich Kästner näher. Ein schöner Abend und ein rundum gelungenes Wochenendseminar, so das Urteil der Teilnehmer.
Cornelius Kaal

Kirche bleibt Staat im Staate

EKD-Synode bestätigt Verbot von Arbeitskämpfen in der Diakonie

von Jana Frielinghaus

»Gott kann man nicht bestreiten« – so hatte im September ein leitender Mitarbeiter des Diakonischen Werks das für Beschäftigte der kircheneigenen Wohlfahrtsunternehmen geltende Arbeitskampfvorbot begründet. Und damit ein seltenes dämlisches Beispiel für die in kirchlichen Führungsgremien herrschende blasphemische Hybris geliefert.

Auf der Magdeburger Synode, einer Art Parlament der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) war das interne Arbeitsrecht ein wesentliches Thema – neben einer neuen missionarischen Offensive. Es gab durchaus milde Kritik am sogenannten dritten Weg der Kirchen, die per Verfassung berechtigt sind, ihre internen Angelegenheiten zu regeln. Eine Mehrheit im Rat der EKD, dem Leitungsgremium der Synode, sieht das offenbar als Freibrief für die Schaffung eines rechtsfreien Raums in den eigenen Unternehmen. Doch auch die Kritiker in den eigenen Reihen gingen nicht so weit, wirklich ein Ende des Sonderwegs zu verlangen. Ein neues Kirchengesetz, das die arbeitsrechtlichen Regelungen bundesweit vereinheitlicht und das Streikverbot zementiert, wurde am Mittwoch von einer großen Mehrheit der Synodalen beschlossen. Betroffen sind mindestens 435 000 Beschäftigte. Als Trostpflaster wurde eine Erklärung verabschiedet, in der eine Untersuchung gefordert wird, mit der »schwarze Schafe« unter den Einrichtungen ermittelt werden sollen, um sie notfalls aus dem Diakonischen Werk ausschließen zu können. »Mißstände wie Outsourcing mit Lohnsenkungen, ersetzende Leiharbeit und nicht hinnehmbare Niedriglöhne müssen zu ernsthaften Konsequenzen führen«, heißt es darin.

Das ändert nichts daran, dass die EKD weiter auf Konfrontation zur Gewerkschaft ver.di geht, die ein Streikrecht in kirchlichen Betrieben gerichtlich durchsetzen will. Ein Urteil im laufenden Verfahren vor dem Bundesarbeitsgericht wird im Frühjahr erwartet. EKD-Präsidentin Katrin Göring-Eckardt (Grüne) findet dennoch, mit dem Gesetz sei der Synode »ein wirklicher Aufbruch gelungen«. Klingt sehr nach der für die EKD typischen Vogel-Strauß-Taktik: Den Kopf tief im Sand,

kann man nicht sehen, dass die Kirche nach ihren eigenen, den biblischen Ansprüchen, völlig am Ende ist. Und dass dies maßgeblich zum anhaltenden Mitgliederschwund beiträgt. 150 000 Menschen verlassen jedes Jahr die evangelische Kirche. Dem stehen immerhin 60 000 Neu- und Wiedereintritte gegenüber. Wie die allerdings oft zustande kommen, dafür kennt jeder Beispiele aus dem Bekanntenkreis. Denn wer etwa seinen Job in einem Pflegeheim oder Krankenhaus nach



Streikrecht ist Grundrecht – auch Freidenker unterschreiben den Appell

dessen Übernahme durch die Diakonie behalten will, dem wird ganz klar gesagt: Entweder du trittst ein, oder du fliegst raus. Und während katholische Einrichtungen auch die Mitgliedschaft in einer evangelischen Gemeinschaft akzeptieren, wird von Bewerbern anderer Konfessionen in der »Kirche der Freiheit«, wie sich die Evangelischen gern nennen, ein Übertritt verlangt.

Das Projekt »Mission« dürfte angesichts solcher Entwicklungen eine Nullnummer werden. Im Osten wird man sich dann weiter einreden, die SED sei schuld an der »Gottlosigkeit«.

*Der Artikel ist erschienen am 11.11.2011 in der Berliner Tageszeitung „junge Welt“ / Inland / Seite 4
Text mit freundlicher Genehmigung der Autorin und der Geschäftsführung der Tageszeitung junge Welt veröffentlicht.*

Aus dem Landesverband Nord

Ein Jahr ist vorbei und das Jahr 2012 beginnt. Das ist die Gelegenheit, allen Mitgliedern und Freunden für aktive geleistete Mitarbeit und Unterstützung unserer Arbeit zu danken und uns allen ein erfolgreiches neues Jahr zu wünschen.

Die 3. Vorstandssitzung des Landesverbands Nord fand im Rahmen des Wochenendseminars im Wohn- und Ferienhaus „Heideruh“ am 25. September 2011 statt. Zu Beginn wurde bedauert, dass an dem Seminar mit Dr. Horst Schild weniger Teilnehmer anwesend waren als in den vergangenen Jahren zuvor. Krankheit und andere Widrigkeiten waren Gründe dafür, dass diese Runde nur kleiner blieb.

Weiter konnte auf der Sitzung über geleistete Aktivitäten der Freidenker berichtet werden. Das waren Informationsstände und Beteiligungen am Antikriegstag/Weltfriedenstag, am Hiroshima-Tag, beim „Methfesselfest“ in Hamburg-Eimsbüttel, beim Tag des Friedhofs (s. Foto) in Hamburg-Ohlsdorf und Unterstützung im Bündnis für die Schaffung eines Deserteurdenkmals am bisherigen „Kriegsklotz“ in der Hamburger Innenstadt.

Der Vorsitzende der AG Jugendweihe Groß-Hamburg e.V., Helmuth Sturmhoebel konnte bereits den Termin für die Jugendfeier 2012 bekannt geben. Es wird der 11. Juni wieder in der Friedrich-Ebert-Halle in HH-Harburg sein. Hier ist die Gelegenheit darauf hinzuweisen, dass die Arbeitsgemeinschaft dringend Unterstützung für die Kursarbeit benötigt. Näheres kann beim Vorsitzenden unter der Telefonnummer 040 724 55 45 erfahren werden (s. Aufruf).

Am 19. November hatten wir unseren Verbandsvorsitzenden Klaus Hartmann nach Bremen zu einem Vortrag eingeladen. Diese Veranstaltung resultierte aus dem Wunsch von Freunden, die beim sommerlichen Stammtisch in Bremen teilgenommen hatten. Referenten- und Themenwunsch konnten erfüllt werden. Klaus Hartmann sprach zu „Grenzen der Toleranz für Freidenker“. Dem Vortrag in kleiner Runde folgte eine lebhafte Aussprache. Gedankt sei hier an dieser Stelle Dr. Georg Meyer, der uns den Raum im Bistro „Lilie“ zur Verfügung stellte.

Im September konnten der Landesverband Hamburg der Naturfreunde und das Naturfreundehaus in Maschen ihr 100-jähriges Bestehen feiern. Dazu haben wir mit einem Schreiben herzlich gratuliert.

Im Oktober wurde die neue Gedenkstätte Esterwegen eröffnet. Das frühere KZ Esterwegen und die Emslandlager waren das Ziel unserer diesjährigen Exkursion. Wir haben in der letzten Ausgabe darüber berichtet. Ein Grußschreiben zur Neueröffnung auf dem historischen KZ-Gelände, das die Bundeswehr jahrzehntelang okkupiert hatte, ging an den Leiter der Gedenkstätte Herrn Kurt Buck, auf das er mit einem Dankeschreiben antwortete.

Für die nächsten Vorhaben unseres Landesverbands steht an erster Stelle die Landeskongress (siehe Seite 1) und für April unsere Exkursion nach Eckernförde und dem bedeutenden Wikingerort Haithabu (siehe Hinweis in diesem Rundbrief).
Angelika Scheer

Ein Leserbrief an die Lübecker Nachrichten:

„SPD entfacht Debatte um Religionsunterricht im Norden“ vom 10.9.2011, Thema: Debatte um Religionsunterricht im Norden

Es ist zu begrüßen, dass die SPD das Thema Religionsunterricht auf die Tagesordnung setzt.

Angesichts der schwindenden Schülerzahlen, die am Religionsunterricht noch teilnehmen, stellt sich die Frage, ob nicht eine totale Streichung des Religionsunterrichts überfällig ist.

Am 21. Februar 2008 war der Deutsche Freidenker-Verband Nord e. V. zur Anhörung des Bildungsausschusses des schleswig-holsteinischen Landtags zu der Thematik eingeladen. Die beiden Vorsitzenden haben teilgenommen und in der schriftlichen Stellungnahme ausschnittsweise wie folgt dargelegt:

„Der Deutsche Freidenker-Verband tritt als Weltanschauungsgemeinschaft, Kulturorganisation und Interessenvertretung der Konfessionslosen für die strikte Trennung von Kirche und Staat ein. Dies beinhaltet selbstverständlich auch die strikte Trennung von Kirche und Schule. Trennung von Kirche und Schule heißt für uns: Weltanschauliche Neutralität an öffentlichen Schulen, keine Missionierung und Glaubensunterweisungen auf Kosten aller Steuerzahler.

Die Regelschule muss aus unserer Sicht die bekenntnisfreie Schule werden. Kirchen und Religionsgemeinschaften sind nach dem Vereinsrecht und nicht nach dem öffentlichen Recht zu behandeln. Für den Staat gilt die strikte Neutralität in Weltanschauungsfragen. Die Verwirklichung der Trennung von Kirche und Staat ist eine demokratische Selbstver-

ständlichkeit, die sich zwingend aus der verfassungsmäßig festgelegten Neutralitätspflicht des Staates in Weltanschauungsfragen ergibt.“

Der Deutsche Freidenker-Verband tritt für einen Ethikunterricht für alle Schüler ein.

Angelika Scheer

Vorsitzende DFV Nord e. V.

(Dieser Leserbrief wurde neben anderen Briefen zu dem Thema von den LN ohne Kürzung veröffentlicht)

Exkursion 2012 nach Eckernförde und Haithabu

Wir wollen vom **27. bis zum 29. April** mit Mitgliedern und Freunden Eckernförde und den Wikingerort Haithabu besuchen. Unsere Mitglieder Ruth und Gerd aus Schleswig konnten uns berichten, dass Eckernförde von der Arbeiterbewegung her in der Vergangenheit eine wichtige Rolle gespielt hat. Darüber wird bei einer ausführlichen Stadtführung und Gesprächsrunde vieles Wissenswertes vermittelt werden können. Haithabu hat ein neu gestaltetes Museum. Auf dem Gelände und im Museum wird über die Zeit der Wikinger und deren große Bedeutung als Handelsort für Nordeuropa informiert und aufgeklärt. Nach der Anreise am Freitag werden wir die Gelegenheit für ein gemütliches Beisammensein und Gespräche nutzen.

Planerisch sollte der Sonnabend Eckernförde und der Sonntagvormittag Haithabu gehören. Am Sonnabend abends werden wir uns über einen kulturellen Beitrag freuen.

Wer Interesse hat, kann sich ab sofort telefonisch (040 6316260), schriftlich (DFV Nord e. V. Postfach 602507, 22235 Hamburg) oder per Mail (dfv-nord@freidenker.de) anmelden. Einzelheiten zu Übernachtungen und Kosten folgen dann. Ab zehn Teilnehmer findet die Exkursion statt.

An die Gedenkstätte Esterwegen

Eröffnung der Gedenkstätte Esterwegen

Sehr geehrter Herr Buck,

Ihnen und Ihren Mitarbeitern wünschen wir für die Zukunft viel Erfolg bei der weiteren notwendigen Aufklärungsarbeit über die grauenvollen deutschen Verbrechen während der Nazizeit.

Mit Ihnen sind wir froh, dass nun die Gedenkstätte dort angesiedelt ist, wo so viel unendliches menschliches Leid geschehen ist. Nie darf die Aufklärungsarbeit aufhören bzw. vergessen werden.

Seien Sie sich unserer Achtung für diese wichtige Arbeit gewiss.

Im Mai diesen Jahres waren wir mit einer Exkursion im DIZ Papenburg und in Esterwegen. Wir haben einen beeindruckenden Einblick in Ihre Gedenkstättenarbeit erhalten.

Im Namen aller Teilnehmer unserer Gruppe möchte ich Ihnen für die durch Sie persönlich geleisteten Einblicke und gegebenen Informationen herzlich danken.

Am Abend der Exkursion hatten wir einen kulturellen Teil mit Kai Engelke. Der Abend wurde mit dem Lied „Die Moor-soldaten“ beschlossen.

Mit freundlichem Gruß

*Angelika Scheer, Vorsitzende, DFV Landesverband Nord e.V.,
Hamburg, 3.11.2011*

An die Mitgliederversammlung des DFV Landesverband Niedersachsen

Liebe Genossinnen und liebe Genossen,
der Vorstand des DFV Nord wünscht euch zu eurer Mitgliederversammlung einen erfolgreichen Verlauf. Möge die Einschätzung eurer Arbeit und die Schlussfolgerungen daraus zu einer Planung in die Zukunft führen.

Wir betonen, dass uns die Zusammenarbeit mit euch in verschiedenen Bereichen, wie bereits begonnen, sehr am Herzen liegt. Mitglieder von euch beteiligten sich mit Beiträgen am Rundbrief, so dass der Rundbrief des DFV Nord nun in Kooperation mit eurem Landesverband erscheint. Ein Bericht eurer Mitgliederversammlung für die nächste Ausgabe wäre also sehr wünschenswert. Der nächste Rundbrief wird planungsmäßig Anfang Januar als 1-12 erscheinen. Weiter nahmen Mitglieder von euch an unserer diesjährigen Exkursion ins Emsland und an unserem Wochenendseminar im Wohn- und Ferienheim „Heideruh“ e. V. (Nordheide) teil. Dort kann man übrigens auch wunderschöne Urlaubstage verbringen. Lasst uns in diesen Bereichen die Arbeit intensivieren. Jedoch ist es auch zukünftig wichtig, dass die Landesverbände ihre eigenen und selbständigen Schwerpunkte entwickeln und bearbeiten. Ein Zusammengehen unserer Landesverbände wäre nicht im Interesse der Mitgliedschaft und für die Öffentlichkeitsarbeit nicht praktikabel.

Wir sind an einem regen Erfahrungsaustausch mit Vorstand und Mitgliedern eures Landesverbandes sehr interessiert und hoffen, dass er fortgesetzt wird.

Mit solidarischen und freidenkerischen Grüßen
Angelika Scheer

Vorsitzende, DFV Landesverband Nord e.V.

Einweihung des Ernst-Busch-Platzes am Germaniahafen in Kiel

Nach langem Hin- und Hergezeter durch die „Reaktion“ in der Kieler Ratsversammlung wurde der Antrag des Ortsbeirates Kiel-Gaarden, dem Platz am Germaniahafen den Namen Ernst-Busch-Platz zu geben, abgesehen.

Ernst Busch war gelernter Werkzeugmacher und arbeitete als Schlosser auf der Germaniawerft. Er setzte sich für die Rechte der Arbeiter ein, beteiligte sich am Kieler Matrosenaufstand, ließ sein SPD-Parteibuch umschreiben auf die USPD und war sein Leben lang Kämpfer gegen den Faschismus. Die Feier am 2. September 2011 begann mit dem Auftritt des Vorsitzenden des Ortbeirats Bruno Levtzow (SPD) als Bürgermeister in nostalgischer Kleidung mit Gefolge, darunter auch ein Stadtgendarm mit Tschako wie es in den 20er Jahren üblich war. Bruno Levtzow eröffnete mit einer kurzen Rede die Veranstaltung, die Benennung geht auch mit auf seine Initiative zurück.

Danach sang der Ernst-Busch-Chor das Solidaritätslied „Vorwärts und nie vergessen ...“

Oberbürgermeister Torsten Albig (SPD) ehrte in seiner Ansprache Busch als historische Persönlichkeit. Er würdigte ihn als Sänger und Schauspieler, doch gebe es politische Auffassungen, die er nicht teilen könne, doch alles zusammen gehöre nun mal zu Ernst Busch. Allerdings bezeichnete er ihn als aufrechten Kämpfer gegen den Faschismus.

Ein Literaturwissenschaftler, ein gewisser Dr. Walter Rix, bezeichnete ihn als brillanten Künstler, aber ein Demokrat sei er nicht gewesen (natürlich nicht, wenn man Demokratie im kleinbürgerlichen Sinne versteht). Da kamen wieder die antikomunistischen Töne durch.

Ernst Buschs Sohn Ulrich war aus Belgien angereist. Er wollte nicht in die Fußstapfen seines Vaters einsteigen, freute sich aber über die Platzwidmung. Er ist Geschäftsführer einer Immobilienprojekt-Entwicklungsfirma. Zum antifaschistischen Kampf seines Vaters und zu seinen Leistungen als Schauspieler äußerte er sich positiv und bedankte sich für die Einladung.

Zwischen den Reden trat immer wieder der Ernst-Busch-Chor mit Liedern wie das Einheitsfrontlied, das Säckeschmeißerlied, das Lied „Von der Unzulänglichkeit des menschlichen Lebens“ (Dreigroschenoper) (Der Mensch, der ist nicht gut, drum hau ihm auf den Hut ...) auf.

Zum Schluss wurde das Namensschild feierlich enthüllt und für die, die es wollten, gab es noch Vorträge in angrenzenden zur Verfügung stehenden Räumen.

Ernst Busch nahm in Kiel Gesangs- und Schauspielunterricht und war Interpret von Arbeiterliedern. Von 1921 bis 1924 wirkte er am Kieler Stadttheater, er spielte auch in Frankfurt/Oder. 1927 zog er nach Berlin zum Theater und Film und spielte in Stücken u.a. von Brecht, Ernst Toller, aber auch Goethes Faust und Stücke von Lessing. Er spielte den



„Mackie Messer“ aus der Dreigroschenoper (Brecht/Weill). Er wirkte mit in dem Film „Kuhle Wampe“ oder „Wem gehört die Welt?“ Text von Bertolt Brecht, Musik von Hanns Eisler.

1937/38 beteiligte er sich am spanischen Bürgerkrieg. Nach dem Sieg des Faschismus unter dem General Franco flüchtete er nach Belgien, wo er von der Gestapo aufgegriffen und verhaftet wurde. 1944 wurde er zum Tode verurteilt. Auf Fürsprache von Gustav Gründgens wurde das Todesurteil in „Lebenslänglich“ umgewandelt, was zur Kapitulation Deutschlands hinfällig war. 1945 war Ernst Busch wieder in Berlin im Ostsektor. In der 1949 gegründeten DDR und der Sowjetunion war er populär, später aber auch im Westen.

Gerd Adolph

**Ist Mitglied des DFV und nahm an der Veranstaltung teil
Massenaustritt aus der Kirche in Büchen*

Massenaustritte aus der evangelischen Kirche

In Büchen im Herzogtum Lauenburg sind Anfang Dezember aus Protest 35 Mitglieder aus der ev. Kirche ausgetreten. Mit großem Farbfoto und großen Schlagzeilen berichtete die Tageszeitung Lübecker Nachrichten (LN) vom 8.12.2011 darüber. Der Grund für die Empörung der Bürger?

Ein Grund ist der Verkauf von Kirchenland an eine Kiesfirma. Mit den Kirchenmitgliedern wurde nicht kommuniziert – dieser schlimmer Vorwurf wurde erhoben. Die Anwohner fürchten u. a. den Lärm von schweren Kieslastern und glauben, der Kirchenvorstand hätte sie verraten. Rentner Harald Böttchen fühlt sich „verarscht“ und wittert „Profitgier“ dahinter. Mich, so seine Frau Renate, hat die Aussage gestört, dass die Kirche nicht für das Wohlbefinden der Bürger zuständig ist. „Dann bin ich nicht zuständig für das Wohlbefinden der Kirche“, empört sich André Wendler lt. LN. Binnen zwei Stunden konnte die Standesbeamtin alle Formalien der Bürger zum Austritt erledigen und jeweils die 10 Euro pro Austritt kassieren. Knapp 5 Minuten dauerte die Prozedur lt. Zeitung. Damit entfällt ab Februar die Kirchensteuer. Noch zählt die Kirchengemeinde in Büchen etwa 4000 Mitglieder. Büchen liegt in dem Kreis, der den Namen „Herzogtum Lauenburg“ noch zu Bismarcks Zeiten erhalten hat und auch nach 1945 behalten konnte; obwohl wir eine Republik sind! Für die Leser des Rundbriefs, die die Region nicht kennen: Büchen liegt an der Grenze zu Mecklenburg und damit zur ehemaligen Grenze zur DDR. Bis Hamburg hinein konnte man hier jahrzehntelang das DDR-Fernsehen und den „Schwarzen Kanal“ sehen. Vielleicht ist ja doch etwas an Erkenntnissen hängengeblieben. Auch hier in der „Provinz“ sind die Leute klüger geworden – hoffen wir als Freidenker. Ob diese Menschen teilweise später wieder in den „Schoß der Kirche“ zurückfinden, muss man sehen. *USch*

„Verfassungsschutzbehörde auflösen und öffentlich Aufklärung leisten“

Auf einen Dringlichkeitsantrag der Opposition hin befasst sich der Landtag von Schleswig-Holstein am Freitag mit mög-

lichen Konsequenzen aus den Erkenntnissen über die Nazi-Terrorzelle aus Thüringen. Dazu erklärt der schleswig-holsteinische Bundestagsabgeordnete Raju Sharma:

„Die Verfassungsschutzbehörden beweisen in diesen Tagen wiederholt, dass sie nicht nur nutzlos, sondern eine große Gefahr für Demokratie, Rechtsstaat und die Werte unserer Verfassung sind. Die Vorgänge um die braune Terror-Zelle sind ein aktueller, trauriger Höhepunkt. Bereits 1978 sprengten Verfassungsschützer ein Loch in die Mauer der JVA Celle, um eine Gefangenenbefreiung vorzutauschen. 1983 finanzierte der Verfassungsschutz die später verbotene „Nationalistische Front“.

Die Reihe ließe sich fortsetzen. Wer die Verfassung schützen und Demokratie ernst nehmen will, muss den Verfassungsschutz auflösen.

Ich hätte mir gewünscht, dass die Landesregierung das Thema von sich aus aufgegriffen und beispielsweise eine Regierungserklärung abgegeben hätte. Eine umfassende öffentliche Aufklärung der Vorgänge ist jetzt das Gebot der Stunde – auch in Schleswig-Holstein. Die Kontrolle des Verfassungsschutzes muss aus dem Dunkel geheim tagender Gremien herausgeholt werden. Von der Landesregierung erwarte ich gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit eine klare Antwort auf die Frage nach den Konsequenzen für den Verfassungsschutz im Land. Ein Wegducken kann es nicht länger geben.

Die Verfassungsschutzbehörde muss jetzt die Zahl der V-Leute in Parteien, Organisationen, Kameradschaften und der gesamten rechten Szene sowie die damit verbundenen Kosten unverzüglich veröffentlichen. Darüber hinaus müssen aktive V-Leute sofort abgeschaltet werden. Erst dann wird sichtbar werden, was von Nazi-Strukturen übrig bleibt“.

18. November 2011

Entnommen: www.linksfraktion-sh.de

Namensweihe in Aumühle

Seit einigen Jahren wenden sich Familien an den DFV Nord, weil sie ihre Kinder mit einer weltlichen Feier im Leben begrüßen möchten. Der Verband bietet hier Unterstützung an.

Einen Tag nach seinem dritten Geburtstag wurde ein nun dreijähriger Steppke im Rahmen einer Familienfeier am 17. Dezember ganz besonders gefeiert.

Die Familie hat sich an den DFV gewandt und um eine Zeremonie gebeten. Das war dann auch die letzte Feier, die der DFV im Jahre 2011 unterstützt hat.

In Vorbereitung der Feier hat ein Gespräch mit der Mutter des Kindes stattgefunden. Das ist die notwendige Voraussetzung um den richtigen Bezug zu dem Kind und auch zu der Familie sowie den Paten bzw. Patinnen herzustellen. Für diese Feier gab es ein Wunschgedicht der Familie mit dem Titel „Zeit“ (Verfasser unbekannt) und in die Rede eingestreut wurden zwei weitere Gedichte gelesen. Das erste von Reinhard Mey „Zu deinem dritten Geburtstag“ und als zweites von Gerhard Schöne „Die sieben Gaben“. Mit der Unterzeichnung der Urkunden und guten Wünschen für das Kind und alle Gäste endete der offizielle Teil und die Kaffeetafel wurde eröffnet.

Der Betrag einer Spende wird auf das Vereinskonto überwiesen. *A. S.*

Du bist kein Mitglied einer Religionsgemeinschaft und glaubst nicht an einen Gott? Du hast Spaß an Arbeit mit Jugendlichen?

Seit 1890 gibt es in Hamburg die Jugendweihe als weltliche Alternative zur Konfirmation. Von Anfang Januar bis zur Feier am 9. Juni 2012 treffen sich die Kurse in den Stadtteilen. Wir brauchen noch dringend Mitstreiterinnen und Mitstreiter!

Hast Du Lust mit Jugendlichen (14 bis 16 Jahre) gemeinsam selbstgewählte Themen wie z.B. Erhalt unser Umwelt, Rassismus, Faschismus, Alkohol, Drogen, Sexualität, Freizeit, Konsum, Sinn des Lebens, Entstehung des Universums und des Lebens etc. zu bearbeiten? Ein Wochenende mit den Jugendlichen zu verbringen, auf dem an einem Thema vertieft gearbeitet wird?

Alles zur Didaktik und Methodik, unsere Vorstellungen und Erfahrungen am besten in einem persönlichem Gespräch oder ruf einfach an unter Telefon 724 55 45 (Helmut Sturmhoebel) oder schicke eine Email an:

agjugendweihe@t-online.de

Klapperhof 1, 21033 Hamburg, Tel.: 040 / 724 55 45

Email: ag-jugendweihe-hh@jugendweihe-info.de

www.beepworld.de/members15/agjugendweihenhamburg

Ein Deserteursdenkmal am Kriegsklotz?

Hamburg: Parteien sprechen sich für Ehrung von »Fahnenflüchtigen« während des Faschismus aus

In Hamburg fordert das »Bündnis für ein Deserteursdenkmal« seit Sommer 2010 »ein dauerhaftes Gedenken und eine dauerhafte Stätte der Erinnerung an die Opfer der NS-Militärjustiz.« Ein Ort ist auch schon ausgesucht: »Kein Platz ist für ein Deserteursdenkmal geeigneter als am Kriegerdenkmal am Stephansplatz«, so das Bündnis. Der 1936 errichtete sogenannte Kriegsklotz erinnert in verherrlichender Weise an die toten Soldaten des Ersten Weltkriegs. Er trägt die Inschrift »Deutschland muß leben, auch wenn wir sterben müssen.« Mehrfach wurde der Klotz vom Bündnis verhüllt. Auch mit Lesungen und Theateraufführungen trugen die Kriegsgegner ihr Anliegen, die Ehrung der Deserteure der Wehrmacht, in die Öffentlichkeit.

Vom 12. bis 19. November organisierten nun die Evangelische Akademie der Nordelbischen Kirche und die KZ-Gedenkstätte Neuengamme eine Veranstaltungswoche »Aufklärung und Protest – Erinnern an die Opfer und Täter des Krieges«. Dabei wurden zum Teil sehr interessante und wenig bekannte Aspekte beleuchtet wie die »Beihilfe von Frauen zur Fahnenflucht«.

Befremdlich für viele war, dass bei einer Podiumsdiskussion mit dem Titel »Kriegerdenkmal und Gegendenkmal am Stephansplatz – ein Ort für das in Hamburg fehlende Deserteursdenkmal?« kein Vertreter des Bündnisses Platz fand. Nur Eingeweihte konnten wissen, dass es über die »Mantel-

organisation«, die »Stiftung Hamburger Geschichtswerkstätten«, zu den Mitveranstaltern gehörte.

Die Debatte fand aber trotzdem zu einem guten Ergebnis. Die Vertreter aller in die Bürgerschaft gewählten Parteien, also von CDU, FDP, SPD, GAL und DIE LINKE sprachen sich an diesem Abend dafür aus, dass in Hamburg ein Denkmal für die Deserteure der Wehrmacht errichtet werden sollte, dass dieses die Funktion eines Gegen-Denkmal zum Kriegsklotz haben sollte und dass dabei auch Veränderungen am Kriegsklotz vorgenommen werden dürften bzw. sollten. Dabei kam es zu bemerkenswerten Äußerungen.

Christel Oldenburg (SPD) übte Kritik an der eigenen Partei, die erst in den 90er Jahren ein positives Verhältnis zu Wehrmachtsdeserteuren aufgebaut habe. Thomas-Söhnke Kluth (FDP) äußerte, er würde die kriegsverherrlichende Inschrift am liebsten entfernen lassen, nahm den Vorstoß aber kurze Zeit später als »hilflose Idee« zurück. Allein Reinhard Soltau (FDP), der als Landesvorsitzender des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge redete, wandte sich gegen den Standort am Stephansplatz und sprach sich statt dessen für ein Denkmal am Strafgerichtsgebäude und dagegen aus, am Kriegsklotz Veränderungen vorzunehmen.

Norbert Hackbusch, Vorsitzender des Kulturausschusses der Hansestadt, kündigte abschließend an, er werde auf dessen nächster Sitzung eine Expertenanhörung zum Thema vorschlagen.

Lothar Zieske

Aus der Tageszeitung „junge Welt vom 30.11.2011 / Antifa / Seite - Veröffentlichung mit freundlicher Genehmigung des Autors und der „jungen Welt“.

Roma-Abschiebungen aus Hamburg haben heute im frühen Morgengrauen begonnen!

Heute (26.10.) früh um 4.20 Uhr stürmten Beamte von Polizei, Zoll und Ausländerbehörde in Begleitung auch eines Arztes die Wohnung des Ehepaares Sakipovic in der Unterkunft am Billstieg. Jowanka und Stanisa Sakipovic sind Roma, denen wie vielen anderen Hamburger Roma seit Anfang des Jahres die Abschiebung angedroht wurde. Jowanka S. ist schwer krank und hat ohne ärztliche Behandlung wenig Überlebenschancen. Die Ausländerbehörde schert das nur insoweit, dass sie zur Abschiebung einen Arzt mitschickt!

Der SPD-Senat ist offenbar wild entschlossen, trotz der vielfältigen Proteste dagegen, die Abschiebung der Roma in die Tat umzusetzen. Dabei zählt auch der anstehende Winter nicht (der in den eiskalten nassen und zugigen Hütten der Roma-Lager Serbiens nur schwer zu überstehen ist) und auch nicht die Tatsache, dass Roma-Familien in den Nachfolgestaaten Ex-Jugoslawiens Diskriminierung, Ausgrenzung, mangelnde Gesundheitsversorgung und (auch polizeiliche) Gewalt drohen.

Wir, der Flüchtlingsrat Hamburg und der Arbeitskreis Roma und Roma-UnterstützerInnen in Hamburg verurteilen diese Aktion und fordern ein Bleiberecht für die von Abschiebung bedrohten Roma. Ausgerechnet heute, wo erneut eine Entscheidung in der Bürgerschaft ansteht über die Petitionen anderer von Abschiebung bedrohten Roma-Familien, sollen hier mit einer ersten Abschiebung Fakten geschaffen werden.

Hermann Hardt vom Flüchtlingsrat Hamburg und dem Roma-UnterstützerInnenkreis meint: „Es darf nicht sein, dass

Menschen – trotz Krankheit und trotz der bevorstehenden Wintermonate – in elende und für Viele tödliche Lebensverhältnisse abgeschoben werden! Es darf nicht sein, dass 66 Jahre nach dem Genozid des deutschen NS-Faschismus an einer halben Million Roma und Sinti wieder Roma von hier in Tod und Elend abgeschoben werden!

Der SPD-Senat hat offenbar jedes Gespür für Humanität und Mitmenschlichkeit und für die besondere geschichtliche Verantwortung Deutschlands verloren.

Wir fordern als ersten Schritt die Aussetzung der Abschiebungen in den Wintermonaten und weiterhin ein Bleiberecht für die von Abschiebung bedrohten Roma!

*PRESSEERKLÄRUNG, Hamburg, den 26.10.2011
Flüchtlingsrat Hamburg
+ Arbeitskreis Roma und Roma-
UnterstützerInnen in Hamburg*



DFV-Infostand am Tag des Friedhofs in Hamburg-Ohlsdorf

28. Januar 2012: 40 Jahre Berufsverbot

Betroffene fordern Rehabilitierung und warnen vor Demokratieabbau

Vor 40 Jahren, am 28. Januar 1972, beschloss die Ministerpräsidentenkonferenz unter dem Vorsitz von Bundeskanzler Willy Brandt den sogenannten „Radikalenerlass“: Zur Abwehr angeblicher Verfassungsfeinde sollten „Personen, die nicht die Gewähr bieten, jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten“, aus dem öffentlichen Dienst fern gehalten bzw. entlassen werden. Mithilfe der „Regelanfrage“ wurden etwa 3,5 Millionen Bewerberinnen und Bewerber vom „Verfassungsschutz“ auf ihre politische „Zuverlässigkeit“ durchleuchtet. In der Folge kam es zu 11 000 offiziellen Berufsverbotsverfahren, 2 200 Disziplinarverfahren, 1 250 Ablehnungen von Bewerbungen und 265 Entlassungen. Formell richtete sich der Erlass gegen „Links- und Rechtsextremisten“, in der Praxis traf er vor allem Linke: Mitglieder der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) und anderer sozialistischer und linker Gruppierungen, von Friedensinitiativen bis hin zu SPD-nahen Studierendenorganisationen. Mit dem Kampfbegriff der „Verfassungsfeindlichkeit“ wurden missliebige und systemkritische Organisationen und Personen an den Rand der Legalität gerückt, wurde die Ausübung von Grundrechten wie der Meinungs- und Organisationsfreiheit bedroht und bestraft.

Der „Radikalenerlass“ führte zum faktischen Berufsverbot für Tausende von Menschen, die als Lehrerinnen und Lehrer, in der Sozialarbeit, in der Briefzustellung, als Lokführer oder in der Rechtspflege tätig waren oder sich auf solche Berufe vorbereiteten und bewarben. Bis weit in die 80er Jahre vergiftete die staatlich betriebene Jagd auf vermeintliche „Radikale“ das politische Klima. Der „Radikalenerlass“ diente der Einschüchterung, nicht nur der aktiven Linken. Die existenzielle Bedrohung durch die Verweigerung des erlernten oder bereits ausgeübten Berufes war eine Maßnahme der Unterdrückung außerparlamentarischer Bewegungen insgesamt. Statt Zivilcourage wurde Duckmäusertum gefördert.

Erst Ende der 80er Jahre zogen sozialdemokratisch geführte Landesregierungen die Konsequenz aus dem von Willy Brandt selbst eingeräumten „Irrtum“ und schafften die entsprechenden Erlasse in ihren Ländern ab. Einige der früher abgewiesenen Anwärtinnen und Anwärter und zum Teil sogar aus dem Beamtenverhältnis Entlassenen wurden doch noch übernommen, meist im Angestelltenverhältnis. Viele mussten sich allerdings nach zermürbenden und jahrelangen Prozessen beruflich anderweitig orientieren.

Heute gilt das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG), das eine Diskriminierung wegen politischer Überzeugungen verbietet. Damit wurde eine entsprechende EU-Richtlinie umgesetzt. Doch ein öffentliches Eingeständnis, dass der „Radikalenerlass“ Unrecht war, unterblieb. Er hat Tausenden von Menschen die berufliche Perspektive genommen und sie in schwerwiegende Existenzprobleme gestürzt. Eine materielle, moralische und politische Rehabilitierung der Betroffenen fand nicht statt.

Die Bedrohung durch den „Radikalenerlass“ gehört auch 2012 keineswegs der Vergangenheit an: Im Jahr 2004 belegten die Bundesländer Baden-Württemberg und Hessen den Heidelberger Realschullehrer Michael Csaszκόczy mit Berufsverbot, weil er sich in antifaschistischen Gruppen engagiert hatte. Erst 2007 wurde seine Ablehnung für den Schuldienst durch die Gerichte endgültig für unrechtmäßig erklärt.

Trotzdem wird in Bayern von Bewerberinnen und Bewerbern für den öffentlichen Dienst weiterhin formularmäßig die Distanzierung von Organisationen abverlangt, die vom „Verfassungsschutz“ als „linksextremistisch“ diffamiert werden. Und eine sogenannte „Extremismus“-Klausel, die sich auf die Ideologie und mehr als fragwürdigen Einschätzungen des „Verfassungsschutzes“ stützt, bedroht existenziell die wichtige Arbeit antifaschistischer, antirassistischer und anderer demokratischer Projekte.

Eine politische Auseinandersetzung über die schwerwiegende Beschädigung der demokratischen Kultur durch die Berufsverbotspolitik steht bis heute aus. Sie ist dringlicher denn je. Unter dem Vorwand der Bekämpfung des Terrorismus werden wesentliche demokratische Rechte eingeschränkt. Die in den letzten Monaten des Jahres 2011 zu Tage getretenen „Verfassungsschutz“-Skandale haben gezeigt, wie tief der Inlandsgeheimdienst ideologisch und personell in die neonazistische Szene verstrickt ist. Seit seiner Gründung im Jahr 1950 – unter Beteiligung von NS-Verbrechern – hat der „Verfassungsschutz“ an der Ausgrenzung, Einschüchterung und letztendlichen Kriminalisierung antifaschistischer Politik und linker Opposition gearbeitet. Dieser antidemokratische Geheimdienst ist nicht reformierbar, er muss abgeschafft werden.

Der „Radikalenerlass“ und die ihn stützende Rechtsprechung bleiben ein juristisches, politisches und menschliches Unrecht. Wir als damalige Betroffene des „Radikalenerlasses“ fordern von den Verantwortlichen in Verwaltung und Justiz,

in Bund und Ländern unsere vollständige Rehabilitierung. Die Bespitzelung kritischer politischer Opposition muss ein Ende haben. Wir fordern die Herausgabe und Vernichtung der „Verfassungsschutz“-Akten, wir verlangen die Aufhebung der diskriminierenden Urteile und eine materielle Entschädigung der Betroffenen.

(Stand: 20. November 2011)

Erstunterzeichnerinnen und /unterzeichner:

Sigrid Altherr-König (Esslingen) - Michael Csaszkóczy (Heidelberg) - Lothar Letsche (Weinstadt/Tübingen) - Klaus Lipps (Baden-Baden) - Hans Schaefer (Reutlingen) - Werner Siebler (Freiburg)

Ergänzung: Inzwischen sind 70 Unterschriften zusammen gekommen (Stand: 18.12.2011) Eine Veröffentlichung mit allen Unterzeichnern soll am 28. Januar 2012 in der Presse erfolgen. Eine öffentliche Veranstaltung ist in der zweiten Maihälfte in Frankfurt geplant.

U.Sch

Eine „Lanze“ für Picasso

„Ich bin nicht auf der Suche nach etwas. Es geht mir nur darum, so viel Menschlichkeit wie möglich in meinen Bildern unterzubringen.“

(Pablo Picasso, 1947 in „Arts de France“ Nr. 6)

Im Oktober 2011 wäre Pablo Picasso 130 Jahre alt geworden. Dies ist sicherlich Anlass genug, diesen engagierten Künstler und großen Humanisten aus Freidenkersicht zu würdigen.

Es gibt wohl kaum eine bekanntere Künstlerpersönlichkeit des 20. Jahrhunderts als Pablo Picasso, aber auch keine, die so gründlich missverstanden wurde wie er. In zahllosen Witzen und Karikaturen wird er als mehr oder minder verrückter Künstler dargestellt, der Gegenstände bis hin zur Unkenntlichkeit deformiert.

Demzufolge ist es eine weitverbreitete Meinung, dass seine Werke eigentlich keine richtige Kunst seien und nahezu jeder Mensch das ebenfalls könne. Mit diesen oder vergleichbaren Vorurteilen soll an dieser Stelle aufgeräumt werden, denn eine solche Sichtweise wird weder dem Künstler noch seiner Kunst gerecht.

Pablo Picasso, mit vollem Namen Pablo Ruiz Picasso, wurde am 25. Oktober 1881 in Malaga (Spanien) geboren und starb am 8. April 1973 in Mougins (Frankreich). Offensichtlich wurde ihm sein Talent in die Wiege gelegt, denn sein Vater, José Ruiz Blasco, war freischaffender Maler und Lehrer an der „Escuela de San Telmo“, einer Kunstgewerbeschule, die in der Tradition der akademischen Malerei des 19. Jahrhunderts stand. Schon früh erkannte er das Talent seines Sohnes und förderte es, soweit es ihm möglich war.

Mit 14 Jahren trat Picasso in die Kunstschule von Barcelona ein. Mit Unterstützung des Vaters gelang es ihm, gleich die Aufnahmeprüfung für eine der höheren Klassen zu dürfen, die er mit Bravour bestand. Eine Anekdote aus dieser Zeit besagt, dass seinem Vater damals ein Blatt mit perfekt gezeichneten Tauben des vierzehnjährigen Picassos in die Hände gefallen sei. Daraufhin hätte José Ruiz Blasco erklärt, nie wieder selbst zeichnen zu wollen. Egal, wie hoch der Wahrheitsgehalt dieser Geschichte auch sein mag, sie

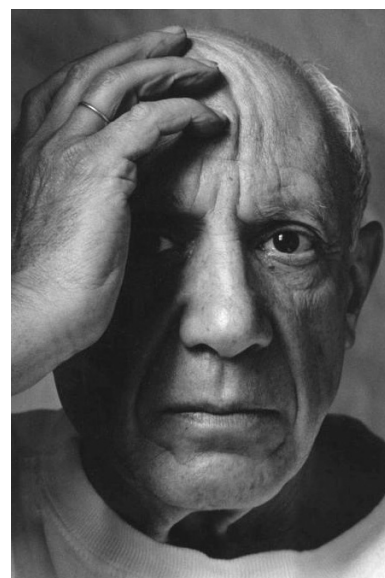
zeigt uns, dass Picasso bereits in sehr frühem Alter ein perfekter Zeichner gewesen ist.

Während seiner frühen Jahre, die ihn auch für kurze Zeit nach Madrid führten, entstanden Arbeiten, die hauptsächlich vom Spätimpressionismus und vom Jugendstil beeinflusst waren. Doch schon bald hatte er das Gefühl, das ihm dies nicht mehr genügte. Nach mehreren Studienaufenthalten in Paris ließ er sich 1904 dort endgültig nieder.

Zunächst war er nicht sehr erfolgreich. Er wohnte auf dem Montmartre in einer ziemlich heruntergekommenen Behausung, dem später berühmten Bateau-Lavoir. Hier arbeitete er wie ein Besessener, um zu sich selbst zu finden. Hier gingen aber auch die Künstlerkollegen aus der Bohème ein und aus, und hier wurde er mit der „Erfindung“ des Kubismus schließlich zum Neuerer der modernen Kunst.

Sicherlich ist diese Kunstrichtung nicht jedermanns Geschmack, jedoch ist sie die logische Konsequenz seiner persönlichen Entwicklung, die natürlich nicht losgelöst von der Entwicklung der Kunst im Allgemeinen betrachtet werden darf. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts löste die Entdeckung der Fotografie eine Revolution in der bildenden Kunst aus, die bis heute nachklingt.

War es bisher das angestrebte Ziel von Malern und Graphikern, Wirklichkeit so exakt wie möglich abzubilden, so ermöglichte die Fotografie es nun, Bilder von höchster Qua-



Arnold Newman: Pablo Picasso (1954)



Pablo Picasso: Guernica (1937)

lität in kürzerer Zeit und vor allem viel kostengünstiger zu erzeugen. Auch wenn es anfangs nur Schwarzweißaufnahmen im relativ kleinen Format waren, so zeigte sich schon bald, dass ein Siegeszug der Fotografie nicht mehr aufzuhalten war. Die neue Technik wurde zu einer ernsthaften Bedrohung für all diejenigen, die ihren Lebensunterhalt bisher als bildende Künstler verdienten. Viele Künstler, vor allem die mittelmäßigen wandten sich daraufhin von der Kunst ab und wurden Fotografen, weil dies vorteilhafter zu sein schien. Die bekannteren und vor allem qualitativ besseren Künstler nahmen die Herausforderung an und traten mit neuen, bisher nicht dagewesenen Darstellungsweisen ihrerseits in Konkurrenz zur Fotografie.

Auch Picasso sah schon bald keinen Sinn mehr darin, die Wirklichkeit bloß nachzuahmen und so veränderte und interpretierte er die sichtbare Welt auf die ihm eigentümliche Art und Weise. Zeit seines Lebens schuf er immer wieder neue Ausdrucksformen, die eine neue Sicht auf die Welt der Dinge ermöglichten. Es würde den Rahmen dieser kurzen Abhandlung sprengen, die verschiedenen Phasen dieser Entwicklung zu erläutern. Deshalb sei hier nur darauf verwiesen, dass Picasso neben seinem Drang zur Erneuerung der Kunst auch immer wieder auf Bewährtes zurückgriff und das bereits Dagewesene jederzeit erneut abrufen konnte.

Neben dieser kunstimmanenten Bedeutung kommt Picasso noch eine zweite Bedeutung zu, die uns Freidenker besonders interessiert und die oft gern verschwiegen wird. Pablo Picasso war auch ein politischer Künstler, der seine besonderen Fähigkeiten immer wieder in den Dienst der guten Sache stellte. Sein berühmtestes politisches Gemälde ist wohl Guernica. Darin geißelt er die Schrecken des Krieges auf beeindruckende Art und Weise, ohne ins Narrative (1) zu verfallen.

Bereits 1936 hatte Picasso von der spanischen Regierung den Auftrag erhalten, für den spanischen Pavillon der Weltausstellung ein Bild zu malen. Nach der Zerstörung der baskischen Stadt Gernika durch deutsche Bomber verwarf er seine ursprüngliche Bildidee und schuf ein 349 cm x 777 cm großes Monumentalgemälde, das sich mit dem Thema Krieg auseinandersetzte. Gerade, weil er darin nicht versucht, die Schrecken des Krieges unmittelbar abzubilden, wird es zu einer unnachahmlichen Metapher für Zerstörung und menschliches Leid allgemein.

Oft wird bemängelt, dass die Formsprache zu abstrakt für ein solches Anliegen sei. Aber gerade das macht den Reiz dieses Werkes aus. Naturalistisch dargestellte zerfetzte Leiber

von Mensch und Tier wären als „Kunstwerk“ für den Betrachter wahrscheinlich nicht zu ertragen und würden das genaue Gegenteil von Empathie bewirken. (2)

Auch zu diesem Gemälde gibt es eine „nette“ Anekdote, die hier nicht unerwähnt

bleiben soll. Ein hochrangiger Vertreter der deutschen Wehrmacht soll Picasso auf der Weltausstellung angesprochen und gefragt haben, ob er dies (gemeint ist das Bild „Guernica“) gemacht hätte. Picassos soll darauf geantwortet haben: „Nein, mein Herr, das haben Sie getan.“

„Guernica“ blieb keine Ausnahme im Werk Picassos. Auch später schuf er aus konkretem Anlass immer wieder Graphiken und Gemälde, die sich mit dem Thema Krieg und Gewalt auseinandersetzten. Im Jahre 1944 trat Picasso schließlich der Kommunistischen Partei Frankreichs bei, deren Mitglied er bis an sein Lebensende blieb, ein Schritt, den ihm viele seiner Verehrer übel genommen haben. Auch ließen sich seine Bilder danach in Amerika viel schwerer verkaufen.

Ein weiteres seiner politisch besetzten Bilder, das vielleicht noch bekannter als Guernica ist, ist die berühmte Friedens-Taube mit dem Ölzweig im Schnabel. Er schuf diese Lithographie 1949 für ein Plakat zum Weltfriedenskongress in Paris. Eine abgewandelte Form dieser Taube ist bis heute das Symbol der Friedensbewegung und wohl das am meisten reproduzierte Bild aus dem Werk Picassos.

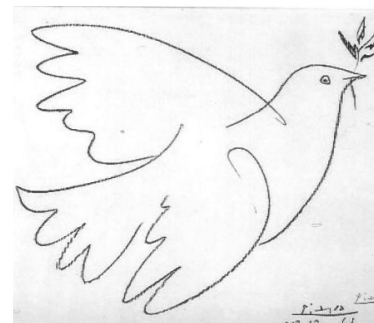
Fazit: Picasso ist kein leicht verständlicher Künstler und trifft mit seinen Werken auch nicht immer den Geschmack eines breiten Publikums. Man muss ihm aber zugestehen, dass er sein Metier verstanden hat. Mehr noch, er war einer der ganz Großen.

„Wir alle wissen, dass Kunst nicht die Wahrheit ist. Kunst ist eine Lüge, die uns die Wahrheit begreifen lehrt, wenigstens die Wahrheit, die wir als Menschen begreifen können.“

Pablo Picasso (1923)

(1) narrativ = erzählend, in erzählender Form darstellend

(2) Empathie = bezeichnet zum Einen die Fähigkeit, Gedanken, Emotionen, Absichten und Persönlichkeitsmerkmale eines anderen Menschen oder eines Tieres zu erkennen und zum Anderen die eigene Reaktion auf die Gefühle Anderer wie zum Beispiel Mitleid, Trauer, Schmerz oder Hilfsimpuls



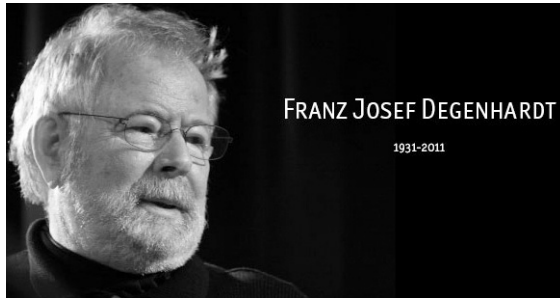
Franz Josef Degenhardt gestorben

Der Dichter und Musiker Franz Josef Degenhardt ist tot. Der kommunistische Künstler starb am Montag nachmittag im Alter von 79 Jahren, wie jW von der Familie bestätigt wurde. Seit seiner ersten Platte »Zwischen Null Uhr Null und Mitternacht« (1963) wurde Degenhardt während der Revolte in den 1960er Jahren zu einem der einflussreichsten deutschsprachigen Liedermacher (»Spiel nicht mit den Schmuttelkindern«, »Tonio Schiavo«, »Verteidigung eines alten Sozialdemokraten«, »Sacco und Vanzetti«). Er arbeitete auch als Rechtsanwalt und Schriftsteller (»Zündschnüre«, »Brandstellen«, »Petroleum und Robbenöl«) und wurde in West- wie Ostdeutschland als einer der wichtigsten Künstler linker Kultur rezipiert. Ein ausführlicher Nachruf folgt. (jW)

Den Artikel finden Sie unter:
<http://www.jungewelt.de/2011/11-15/058.php>
<http://www.jungewelt.de>

Ein Nachtrag zum Nachruf in der jungen Welt – Der NDR zensiert FJ Degenhardt – im Jahr 1978

Auch die Sender des Norddeutsche Rundfunks (NDR) brachten die Meldung vom Ableben FJ Degenhardts an vorderer Stelle



der täglichen Nachrichten. Bei der Durchsicht einiger Papiere in den Tagen nach dem Bekanntwerden des Todes unseres Genossen fiel mir eine Korrespondenz mit dem NDR vom 27.1.1978 in die Hände.

Ich habe damals gegen die Absetzung einer angekündigten Degenhardt-Einlage im damaligen „Freitagsmagazin“ durch die NDR-Programmdirektion protestiert und habe noch auf eine weitere Zensurmaßnahme des Senders hingewiesen.

Im Antwortschreiben des damaligen Programmleiters Friedrich Wilhelm Räucher vom 17.2.1978 heißt es wörtlich:

„1. Der Agitations-Song des Herrn Degenhardt war von der Redaktion des Freitagsmagazins als alleiniger Beleg für die Praxis der Gewissensüberprüfung von Wehrdienstverweigerern in der Bundesrepublik vorgesehen worden. Ein solche Verfahrensweise ist journalistisch nicht zu vertreten.

2. Die Absetzung war demgemäß eine in allen Medien übliche, pflichtgemäße Korrektur eines redaktionellen Fehlers und keinesfalls ein „Zensurmaßnahme“.

Räucher, CDU-Mitglied, hat nach meiner Erinnerung nach Übernahme der Programmdirektion des MDR ein unrühmliche Rolle gespielt und wurde vorzeitig abgelöst.

USch.

Bertrand Russel

*Man stelle mir eine ausreichende
Armee zur Verfügung und gebe mir
Möglichkeit, sie so zu bezahlen
und zu ernähren, dass ihr Los
sich von dem des Durchschnittsbürgers
angenehm unterscheidet – und ich
mache mich anheischig, die Mehrheit
der Bevölkerung innerhalb von
30 Jahren davon zu überzeugen,
dass 2 und 2 gleich 3 ist.*

Earl Bertrand Russell

Russells Teekanne – Zum 140. Geburtstag Bertrand Russells

Es ist kein typisches Jubiläum wie z. B. der 100., 125., 150., 200., 250. Geburtstag usw. Trotzdem bewegt es mich, diesen Freigeist zu erwähnen. Geboren wurde er 1872 in Telleck/Monmouthshire und starb 1970 in Penrhyn/Wales.

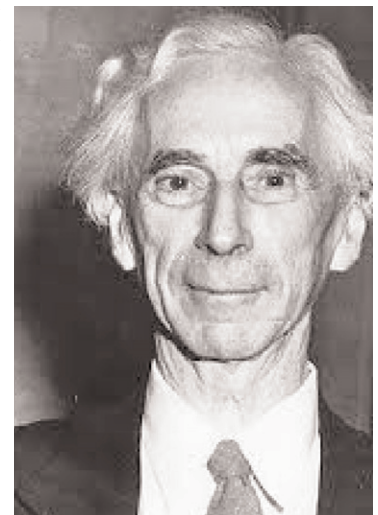
Der britische Philosoph und Mathematiker gab der Mathematik und Philosophie neue Impulse. Bekannt war er besonders durch sein politisches Engagement. 1918 erhielt er eine Gefängnisstrafe wegen Aufrufs zur Desertation, denn er war konsequenter Pazifist. Er war eine Zeit lang Abgeordneter der Labour Party, legte sein Mandat nieder und vernichtete aus Protest gegen den Vietnamkrieg öffentlich sein Parteibuch.

Weltanschaulich ist er als Agnostiker einzuordnen, das heißt: „Es gibt keinen Beweis für die Existenz eines Gottes, aber auch das Gegenteil kann nicht bewiesen werden.“ Russell selbst bezeichnete sich als Skeptiker.

Interessant, aber auch heiter ist seine Religionsparodie über die Teekanne im Weltall, die zwischen Erde und Mars auf einer elliptischen Bahn um die Sonne kreist. Diese Behauptung kann niemand widerlegen, „wenn ich hinzufüge, dass die Kanne so klein ist, dass man sie selbst mit dem besten Tele nicht entdecken kann“. Es spricht aber gegen die Vernunft eine solche Behauptung aufzustellen, da nach mathematischen Gesetzen jede Behauptung einen Beweis erfordert.

Als Bertrand Russell einmal bei einem Interview gefragt wurde, was er für das Wichtigste halte, meinte er: „Den Pazifismus, denn nur im Frieden kann man weltanschauliche Fragen diskutieren.“

Gerd Adolph



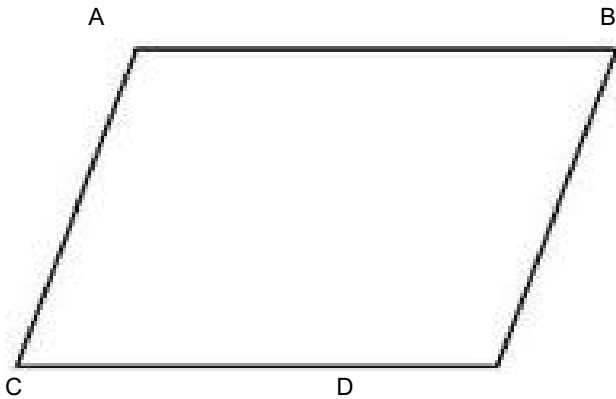
Behauptung und Beweis

Behauptung:

ABCD ist ein Parallelogramm.

Beweis:

1. Die gegenüberliegenden Seiten laufen parallel und sind gleich lang.
2. Die gegenüberliegenden Winkel sind gleich (stumpf und spitz).
3. Beim Halbieren durch eine Diagonale entstehen zwei kongruente Dreiecke.



Folglich ist ABCD ein Parallelogramm, was zu beweisen war.

G.A.

Spendenaufruf

Damit unser Rundbrief in bekannter Qualität auch im Jahr 2012 dreimal erscheinen kann, bitten wir um finanzielle Unterstützung. Hier gilt es keine Schere im Kopf zu haben, denn jeder, aber auch jeder, Euro hilft.

Bitte bei Spenden das Stichwort ‚Rundbrief‘ vermerken und den Namen nicht vergessen, damit unser Kassierer eine Spendenquittung ausstellen kann.

Bankverbindung: DFV LV, Nord e. V., Postbank Hamburg, BLZ 20010020, Konto-Nr. 108359207 oder den beigefügten Überweisungsträger nutzen

Wir danken für die Unterstützung.

**DFV- Landesverband Nord e.V.
Der Vorstand
i.A. Angelika Scheer**

Literaturtipp

Wolfgang Gehrcke / Christel Buchinger / Jutta von Freyberg / Sabine Kebir: Afghanistan – So werden die neuen Kriege gemacht. Deutschland und der Krieg am Hindukusch

Das Buch zeigt, mit welchen Mechanismen im Zusammenspiel von Politik und Medien die These von der Notwendigkeit und Rechtmäßigkeit des Afghanistan-Krieges in der Öffentlichkeit verbreitet wird. Es zeigt anhand der Entwicklung der ISAF-Mandate der UNO und der darauf aufbauenden Bundestagsbeschlüsse, wie die Bundestagsmehrheit in kollektiver Selbsthypnose den Mystifikationen der Kriegsgründe und -interessen erliegt. Das Parlament beschließt zwar den Krieg, die Kontrolle hat es aber nicht. Das Massaker in Kundus zeigt: Es wird immer nur so viel zugegeben, wie schon aus anderen Quellen bekannt wurde. Von Seiten der Regierenden wird verschwiegen, vertuscht und gelogen; wie das funktioniert, beschreibt das Buch. Auch das, worüber am wenigsten gesprochen wird: die Kosten des Krieges und die Profite der Rüstungsindustrie. Aber wer bezahlt die Rechnung? Was kann ein Parlament aus dem Tiefschlaf wecken, das alljährlich die Fortsetzung eines Krieges beschließt, der von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt wird?

Neue Kleine Bibliothek 162, 235 Seiten

EUR 14,90 [D] / EUR 15,40 [A] / SFR 21,90

ISBN 978-3-89438-458-6

Zu den Verfassern:

Wolfgang Gehrcke, *1943. Mitglied des Deutschen Bundestags für DIE LINKE und deren Obmann im Auswärtigen Ausschuss. Gehört dem Vorstand seiner Partei an und ist ihr außenpolitischer Sprecher. Wolfgang Gehrcke und Jutta von Freyberg haben (zusammen mit Harri Grünberg) im Herbst 2009 bei PapyRossa herausgebracht: »Die deutsche Linke, der Zionismus und der Nahost-Konflikt – Eine notwendige Debatte«

Christel Buchinger, *1954, Diplom Biologin. Arbeit in der emanzipatorischen Frauenbildung und Erwachsenenbildung, wissenschaftliche Mitarbeiterin bei Wolfgang Gehrcke.

Jutta von Freyberg, Dr. phil., *1944. Studium der Politikwissenschaft und der Soziologie in Frankfurt a. M. und Marburg. Wissenschaftliche Mitarbeiterin bei Wolfgang Gehrcke.

Sabine Kebir, Dr. phil., *1949, Politik- und Literaturwissenschaftlerin. Über zehnjährige Lehrtätigkeit an verschiedenen Universitäten in Algerien. Heute freie Publizistin in Berlin.

Zu beziehen beim DFV-LV Nord oder in jeder guten Buchhandlung, PapyRossa Verlag, Luxemburger Str. 202, 50937 Köln, Tel 49 - 221 - 44 85 45
E-Mail: mail@papyrossa.de
www.papyrossa.de



Herausgeber: Deutscher Freidenker Verband, Landesverband Nord e.V.
Redaktion: Uwe Scheer, Postfach 60 25 07, 22235 Hamburg
Tel. (0 40) 6 31 62 60
Dr. Elli-Marie Simon, Kirschenallee 51, 17235 Neustrelitz,
Tel. (0 39 81) 44 32 05,
Mail-Adresse des DFV-Nord: dfv-nord@freidenker.de

Redaktionsschluss: jeweils zur Vorstandssitzung; für die Ausgabe 4/2011: 30.11.2011
Auf dieses **Konto** können Beitrag und Spenden gezahlt werden: DFV-Landesverband Nord e.V.
Nr. 108359207 (BLZ 200 100 20) bei der Postbank Hamburg

In Kooperation mit dem DFV Landesverband Niedersachsen, Kontakt: Bernd Fricke, Tel. 0531 - 34 00 82, mail: dfv-niedersachsen@freidenker.de

Der DFV im Internet:

<http://www.dfv-nord.de> oder www.freidenker.de

Der Bezug des **Rundbriefs** ist für Mitglieder kostenlos. Einzelexemplar 1,00 Euro. Für Nichtmitglieder kann der **Rundbrief** in Kombination mit dem Verbandsorgan FREIDENKER (4 mal im Jahr) für jährlich 15 Euro bestellt werden.

Tipps und Termine

DEUTSCHER FREIDENKER - VERBAND (DFV) e. V.

Postfach 60 25 07, 22235 Hamburg; Tel. 040/631 62 60/Mail: dfv-nord@freidenker.de

DFV-Verbandsvorstand (VV)

13.1. gVV - Sitzung in Berlin - Einladungen sind versandt worden
14.1. Berlin; 10.00 Uhr, Rosa-Luxemburg-Konferenz der Tageszeitung "junge Welt" mit Infostand

15.1. Berlin, ab 9.00 Luxemburg-Liebkecht-Ehrung, Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde; ab 10.00 Uhr, U-Bhf.

Frankfurter Tor - Demonstration zu Gedenkstätte der Sozialisten
10./11.3. Magdeburg, VV-Sitzung zur Vorbereitung des Verbandstages/Anreise der Delegierten

1. 6. VV- Sitzung in Nürnberg

2./3. 6. DFV- Verbandstag in Nürnberg; mehr Infos unter www.freidenker.de

DFV-Landesverband Nord e. V. (LV)

4.2. um 11.00 Uhr, Kaffeewelt im Guttempler-Haus; Hamburg Landeskongress; s. auch Seite 1

24.3. Vorstandssitzung nach der Landeskongress (Konstituierung)

27./29.4. Exkursion nach Eckernförde und dem Wikingerort Hattahabu bei Schleswig (s. Ankündigung)

Anmeldungen ab sofort! Weitere Termine unter www.dfv-nord.de

Orts- und Kreisverbände

Hamburg - Infos: Uwe Scheer, Tel. 040/631 62 60 /Veranstaltungen finden in verschiedenen Stadtbezirken statt. Einladungen werden versandt)

Kiel: DFV-Mitglieder und Mitglieder des IBKA treffen sich als "Atheistische Gruppe" jeweils am 1. und 3. Dienstag im Monat um 20.00 Uhr in der Friedenswerkstatt, Exerzierplatz 19, in Kiel
Infos: Gerd Adolph; (Tel.0431/52 48 07)

Neustrelitz

Mitglieder und Freunde der Gruppe Neustrelitz bekommen die Einladungen mit den Terminen für die Zusammenkünfte zugesandt. Infos: Dr. Elli-Marie Simon (Tel. 03981/ 44 32 05)

Lüneburg

Infos: Cornelius Kaal, Stellv. Landesvorsitzender, (Tel. 05823-953174 o. 0177-2049867)

Bremen/Bremerhaven: Infos: z. Z. über Uwe Scheer (Tel 040/631 62 60)

Weitere aktuelle Informationen unter www.dfv-nord.de oder www.freidenker.de

Andere Landesverbände: Rheinland-Pfalz/Saar: 15. bis 17.6. "Linker Liedersommer" auf der legendären Burg Waldeck; Infos anfordern. dfv-rps@freidenker.de

Hinweise auf Veranstaltungen befreundeter Organisationen:

Arbeitsgemeinschaft Jugendweihe Groß-Hamburg e.V.,

Klapperhof 1, 21033 Hamburg

Infos und Anmeldungen für 2012 bei Helmuth Sturmhoebel, Vorsitzender (Tel. 040/724 55 45)

Anmeldung für 2012 ab sofort möglich. (Beginn der Kurse ab Januar 2012). Die Jugendfeier ist wieder in der Friedrich-Ebert-Halle in Hamburg-Harburg am 9. Juni 2012 statt.

ag-jugendweihe-hh@jugendweihe-info.de

Für die Jugendweihe in Lüneburg und Umgebung:

Anmeldung und Infos: Cornelius Kaal, (Tel. 05823-953174 o. 0177-2049867)

www.jugendweihe-hamburg.beep.de

Willi-Bredel-Gesellschaft (WBG) – Geschichtswerkstatt e. V.

Es gibt Führungen durch die Ausstellung "Zwangsarbeiter in Hamburg", Wilhelm Raabe-Weg 23. Termine der WBG unter www.willi-bredel-gesellschaft.de oder unter der Telefonnummer 040/59 11 07. Adresse: Im Grünen Grunde 1b, 22337 Hamburg (U- und S-Bahnstation Hamburg-Ohlsdorf). Die Geschichtswerkstatt ist jeweils dienstags von 16.00 bis 18.00 Uhr geöffnet.

Mehr Infos: www.feindbeguenstigung.de

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/VVN/BdA:

Landesverband Hamburg; Tel. 040/314254; weitere Infos s. www.vvn-bda.hamburg.de,

VVN-BdA-Landesverband Schleswig-Holstein, Lindenstr. 9, 24118 Kiel; Kontakt und Infos: e-Mail: vvv-bda-sh@t-online.de und www.kueste.vvn-bda.de

Kuratorium "Gedenkstätte Ernst Thälmann" e. V. (GET):

Tarpenbekstr. 66, Ecke Ernst-Thälmann-Platz in 20251 Hamburg-Eppendorf

29.1. um 11.00 Uhr, Woche des Gedenkens: Ausstellungsöffnung und Neujahresempfang in der GET

30.1. 16.00 Uhr Gedenkveranstaltung im Ehrenhain der Widerstandskämpfer, Friedhof Ohlsdorf

16.4. Veranstaltung zum 126. Geburtstag von Ernst Thälmann in und vor der Gedenkstätte

Infos: www.thaelmann-gedenkstaette.de

Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft (Ver.di)- Landesbezirk Hamburg:

Arbeitskreis "Antirassismus" - Jeden ersten Dienstag im Monat, 18.00 Uhr, Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof 60; Kontakt und Anfragen: agnes.schreieder@verdi.de

Erich-Mühsam-Gesellschaft e. V. Lübeck:

Kontakt: Sabine Kruse, Charlottenburger Str. 23, 23560 Lübeck
18. bis 20.5.2012 Bad Malente: Jahrestagung für Mitglieder und Gäste. Infos: und Tel.0451704491 (Sabine Kruse, Vorsitzende)

Wohn- und Ferienheim "Heideruh",

Buchholz in der Nordheide, OT Seppensen; Programm anfordern
Infos: unter www.heideruh.de

Stadteiltreff AGDAZ, Hamburg; Fehlinghöhe 16, (Bildungszentrum Steilshoop)

9. März, 19.30 Uhr: Veranstaltung zum Internationalen Frauentag - Lesung und Musik mit der bekannten Autorin Doris Gercke ("Bella Block"). Sie stellte die Autorinnen Emma Goldberg und Alexandra Kollontai vor. Infos: www.agdaz.de

Stand: 18.12.11/Sche